



Bezüge und Anzeigenpreis. Durch die Post bezogen, vierteljährlich 6.00, halbjährlich 11.00, jährlich 20.00.

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags einmal.

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 284 39. Jahrgang

Mittwoch 8. Juni 1910

Hierzu die Wochenbeilage Technische Rundschau No. 23.

Die Debatte über die Zivilliste.

Auch der gestrigen Debatte im Abgeordnetenhaus blieb, wie wir schon im Abendblatt gesagt haben, Herr v. Bethmann-Prowlog fern, obgleich in der Frage der Zivillistenentlohnung der Erfolg ihm ja sicher ist.

Herr v. Bethmann beugte diese dankbare Gelegenheit, um sich als Kandidat für den Reichstag zu erklären in einer wohlwollenden Beachtung zu empfehlen. Größt der Kandidat der preussischen Junker, der Kandidat des schwarzblauen Blocks, der zu der staatsmännlichen Energie eines Rheinbaben mehr Zutrauen hat als zu Herrn v. Bethmann Holwegs philosophischer Art.

Herr v. Rheinbaben wurde gestern nicht nur seine große Verdienstleistung auf, um die Notwendigkeit der Erhöhung darzutun, er machte darüber hinaus aus der Vorlage eine politische Saupflicht und Staatsaktion, bei der sich nach seiner Meinung alle bürgerlichen und monarchischen Elemente vereinigen und außerhalb des Parlaments gegen die Partei der „Lumpen“ um die Krone scharf müssen.

Herr v. Rheinbaben schloß der Finanzminister eine Rede, deren sachliche Argumentation herzig schwach gewesen war. Herr Hofmann hatte, wie gegeben sei, nicht sonderlich geschickt, die Defonomie des preussischen Fiskus mit der wirtschaftlichen Lage eines Durchschnittsarbeiters zu vergleichen.

zu guter Letzt auch noch Herr v. Heydebrand „im Interesse eines geschlossenen Vorgehens“ seine Bedenken zurückgezogen und bereit geneigt hat, daß die Erhöhung nicht sofort vollzogen werde.

Das Erdbeben in Unter-Italien.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

In Avellino ist die Panik infolge des Erdbebens unbeschreiblich. Mitten in der Nacht bildeten sich Prozessionen, die unter Stöhnen und Schreien nach dem vor der Stadt gelegenen Kirchhof von Monte Vergine zogen und flehend die Hilfe der Madonna und des heiligen Andreas, des Schutzpatrons der Stadt Avellino, anriefen.

In Caserta ist ein umfassender Rettungsdienst organisiert und ein Feldspital eingerichtet worden. Von allen Seiten treffen die Hilfskolonnen ein. Bisher wurden zwanzig Tote aus dem Trümmerhaufen gezogen. In Caserta bestand eine Milderlassung der amerikanischen Missionare. Das Volk brachte deren Abwesenheit mit dem Erdbeben in Zusammenhang und die Missionare mußten sich durch Karabinieri aus der Stadt hinausgeleitet lassen.

Wie aus Caserta gemeldet wird, stößt die Bewegung der Erde auf der Westküste auf enorme Schwierigkeiten, da die Bevölkerung wie gelähmt ist und niemand Hand anlegen will. Der Statthalter hat das Schicksal ein einziges riesiges Zimmerhaus, aus dem Tausende von Menschen hervorgebracht; hier müssen noch sehr viele Menschen begraben liegen.

Der Ministerpräsident erhielt die erste Inlandskorrespondenz heute früh um fünf Uhr. Einige Stunden später trat Czuzatti mit dem König in telephonische Verbindung, und der König äußerte sofort seine Absicht, nach der Erdbebenzone zu reisen. Da der Umfang der Katastrophe zum Glück nur beschränkt ist, so wollte der König ursprünglich allein reisen; aber die Königin verlangte dringend, den Gatten begleiten zu dürfen.

Von anderer Seite wird uns noch aus Rom berichtet: In der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer teilte der Ministerpräsident auf Anfragen mit, daß für die durch das Erdbeben Betroffenen eine Hilfsaktion eingeleitet sei. Die Kammer nahm sodann einstimmig einen Antrag des Ministerpräsidenten an, Gewährung finanzieller Hilfe an. — Der König und die Königin sind am 10. Juni in Begleitung des Arbeitsministers nach Caserta und des Gouverneurs Barbanelli in die von dem Erdbeben heimgesuchte Provinz abgereist.

Zum Rücktritt Dernburgs.

Die Kommentare der Konservativen und Liberalen Presse.

Die ersten Kommentare der konservativen und der Zentrumspresse zum Rücktritt Dernburgs liegen nun vor. Sie beschäftigen sich gemeint mit unklaren Ausführungen über die Gründe des Rücktritts und mit der Politik der Regierung, weil er die allgemeine Politik nicht mitmachen will und nicht unterliegen kann.

Die „Deutsche Tageszeitung“, die dem Staatssekretär seit langem einen schönen Platz gewidmet hat, acht, daß der Rücktritt Dernburgs vor allem seine Motive die Genüßlichkeit über das gegenwärtige Regime und den schwarzblauen Block noch steigern müssen, und darum ruft sie bezeichnend aus: „Reine Legende.“

„Unter diesem Vorwand“ unter dem sich ihm nahehergehende Schrittmacherorgane der Sozialdemokratie (damit sind wir gemeint, D. Red.) behauptet, weil seine allgemeine politische Anschauungen sich mit den in unserer Regierung zurzeit herrschenden nicht decken. Sie ist die erste Legende. Die Tatsache an sich wollen wir natürlich nicht bezweifeln, wenn sie von so kompetenten Leute behauptet wird.

Zu dieser Sache der „Deutschen Tageszeitung“ möchten wir nur bemerken, daß Dernburg vielleicht auch fälschlich, aus die schwarzblauen Blockpolitik Krampf zu werden begann, nicht abgeneigt war, sich zurückzuziehen. Er hat seine Absicht ausgeführt, nachdem an der Verwirklichung dieser politischen Kombination und ihren Konsequenzen ein Zweifel nicht mehr möglich war.

„Da bisher keine amtliche Erklärung über den Sachverhalt vorliegt, so stellt natürlich auch die amtliche Angabe über die Gründe, die den Staatssekretär zum Eintritt seines Abschiedsgesuches veranlaßt haben könnten. Soweit die Presse sich darüber äußert, handelt es sich wohl meist um mehr oder weniger wohlfeilste Kombinationen, die aus den politischen Vorgängen der letzten Monate mit größerem oder geringerem Geschick geschöpft werden. Einmal mehr als bei Vermutungen dürfte allein die Darstellung politischer Gründe, die der Berliner Tageblatt über die Ursachen der Amtsniederlegung Dernburgs veröffentlicht.“

„Nachdem die „Arbeitszeitung“ nach unserer Information aus der Abendnummer vom 6. Mai und einer Zeit unseres Blattartikels aus der gestrigen Morgennummer abgedruckt, sagt sie hinzu:

„Daraus ist zu entnehmen, daß Dernburg die Politik des freien Willens für liberal hielt, denn sonst hätte er doch wohl aus den gleichen Gründen den ehrenvollen Auftrag, die Leitung des Reichsministeriums zu übernehmen, nicht abgelehnt, die ihn jetzt unter Anleihen Goldes zum Eintritt seines Abschiedsgesuches veranlaßte. Die ganze Richtung unserer heutigen Politik paßt ihm, immer dem Verle. Es ist, zufolge, also nicht mehr, so sehr wir das Scheitern Dernburgs aus seiner amtlichen Stellung aus bebauern, so können wir doch aus dieser Mitteilung seines Rücktritts nur Genugtuung schöpfen über den neuen Kurs der preussisch-deutschen Politik.“

„Das läßt wenigstens an Aufmerksamkeit nichts zu wünschen übrig und sollte denjenigen konservativen Blättern zum Vorbild dienen, welche die Wahrheit zu verschleiern und zu verfluchen suchen. Zu diesen schwachmütigen Organen gehört auch die „Post“, die einer Zuschrift Raum gibt, in der es heißt:

„In der linksliberalen Presse wird der Vermutung Ausdruck gegeben, daß Staatssekretär Dernburg zu seinem Abschiedsgesuch bestimmt worden sei, weil er mit der gegenwärtigen Richtung der inneren Politik nicht einverstanden sei und daher keine Liberalisierungsarbeiten tragen wolle. Diese Vermutung ruht aber auf sehr schwachen Füßen. An sich ist der Staatssekretär im Amtswort nach seiner Richtung für die Gesamtrichtung der inneren deutschen Politik verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit trägt allein der Reichskanzler. Auf Grund des Abschiedsgesuches ist dem Staatssekretär im Amtswort die Verantwortung der Reichskanzler spezial für dieses Amt nur die Selbstverwaltung des Reichsfinanzministeriums ohne Grund abgetragen. Herr Dernburg ist auch nicht preussischer Staatsminister, er hat daher in Sachen der inneren preussischen Politik nach seiner Richtung hin mitreden und trägt auch keinerlei Verantwortlichkeit für diese. Aber auch abgesehen davon, würde Herr Dernburg, wenn er die Anwendung der Reichspolitik, welche mit der Zustimmung zur Reichsfinanzreform ohne Grund anfallender eingetreten ist, nicht mitmachen wollte, der etwa Jährzeit zurückgetreten sein und nicht erst jetzt.“

Der Verfasser der Zuschrift wird schon gefast haben, daß wir an der „Mutter“, wie er es nennt, schreiben. Daß der Staatssekretär im Amtswort an sich für die Gesamtrichtung der deutschen Politik nicht verantwortlich ist, trifft zu, aber es ist klar, daß jedes Mitglied der Regierung, und auch ein „unpolitischer“ Ressort-